

Silber Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Preßernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. Bezugsspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 10

Donnerstag den 3. Februar 1921

3. [46.] Jahrgang

Repressalien.

Die slowenische Landesregierung hat bis auf weiteres alle deutschen Unterhaltungen und überhaupt Veranstaltungen in Slowenien verboten. Diese Ausnahmeverfügung wird mit den Drangsalierungen begründet, denen die Slowenen in Kärnten ausgesetzt seien, und mit den Verweisen deutscher Loyalität, welche im slowenischen Staate zutage gefördert worden seien. Die slowenische Presse bezeichnet diese und noch andere vorderhand geheimgehaltenen Maßnahmen der Laibacher Landesregierung als „Repressalien“ für Kärnten.

Wir deutschen Staatsbürger wollen bei der Kritik dieses Verbotes den gegen unsere primitivsten staatsbürgerlichen Rechte gerichteten Anschlag heute vollkommen beiseite lassen. Denn wir sind durch die Erfahrungen zweier Jahre schon sehr an Ausnahmeverordnungen gewöhnt, daß uns eine solche Maßnahme weder sonderlich mehr überrascht noch erschreckt. Ueberdies dürfen wir überzeugt sein, daß dieser Verfügung keine lange Lebensdauer beschieden sein wird. Wir möchten den Beschluß der Landesregierung vielmehr rein juristisch vom Standpunkt eines slowenischen Staatsbürgers aus beurteilen, dem die Rechtsicherheit im Inlande und das Ansehen des Staates im Auslande am Herzen liegt, und werden zur zwingenden Schlussfolgerung gelangen, daß das über die Deutschen verhängte Unterhaltungsverbot ebenso gefährlich wie schädlich ist.

Es wird behauptet, daß deutsche Bürger in diesem Staate sich illegal bewiesen hätten. Die Frage nach den Personen der Schuldigen und nach der Art der Verfehlung kann sich wohl erübrigen, weil der amtliche Apparat in einem Rechtsstaate hin-

reicht, strafbare Delikte auf loyalen Wege zu sühnen. Damit ist der Straffall abgetan. Juristisch völlig unzulässig ist es, für die Schuld eines einzelnen Menschen seine Angehörigen, seine Berufsgenossen oder gar sein ganzes Volkstum büßen zu lassen. Wird diese juristisch unmögliche Auffassung zur Regierungsmaxime erhoben, dann hat der Rechtsstaat aufgehört zu existieren, dann ist Willkür und Gewalt an die Stelle von Recht und Gesetz getreten.

Für einen chauvinistischen Eiferer, welcher mit dem Grundsatz liebäugelt, daß Gewalt vor Recht gehe, mag jegliches Vorgehen gegenüber den deutschen Mitbürgern als erlaubt gelten. Ernste Menschen werden aber die Gefährlichkeit solcher Ausnahmeverordnungen nicht unterschätzen dürfen. Was heute einem in der Minderheit befindlichen Volkstum angetan wird, kann morgen einer Oppositionspartei widerfahren und übermorgen sich an dem Machthaber von heute rächen. Durch solche Maßnahmen wird das Gefühl der Rechtsicherheit in den breitesten Schichten der Bevölkerung erschüttert werden.

Vollends widersinnig erscheint es, die Deutschen in Slowenien für die Unbilden verantwortlich zu machen, die irgendwo im Auslande — im vorliegenden Falle, wie behauptet wird, in Kärnten — an den slowenischen Volksgenossen verübt wurden. Repressalien sind völkerrechtlich nur zwischen Staaten üblich, die sich miteinander im Kriegszustande befinden, und nur gegenüber Angehörigen des feindlichen Staates anwendbar, nicht aber gegenüber den eigenen Staatsbürgern. Selbst im Kriege könnten die inländischen Deutschen, welche die gleichen Pflichten zu erfüllen haben wie alle übrigen Bewohner dieses Reiches und faktisch auch die nämlichen Rechte besitzen sollten, unter gar keinen Umständen als Geiseln

behandelt bzw. betrachtet werden. Man ist aber zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien seit dem 16. Juli v. J. der Friede wieder hergestellt und wenn ein Staat gegen den anderen eine begründete Beschwerde vorzubringen hat, so steht ihm der diplomatische Weg und im gegebenen Fall überdies der Appell an den Völkerbund offen. Wird diese Möglichkeit nicht ausgenützt, so kann von abellwollender Seite leicht die Behauptung gewagt werden, zu einer ernsthaften Intervention sei das Tatsachenmaterial ungeeignet oder unmöglich oder überhaupt nicht vorhanden.

Die slowenischen Zeitungen haben in der jüngsten Zeit allerdings wiederholt Klage geführt über die Verfolgungen, denen ihre Volksgenossen in Kärnten preisgegeben seien; angenommen, daß sämtliche Angaben auf Wahrheit beruhen, so werden zweifellos alle rechtlich denkenden Kreise des deutschen Volkes vorgekommene Untaten einzelner Personen umso schärfer verurteilen, je mehr sich diese auf ihre Kultur und Zivilisation zugute halten. Aber die Kärntner Slowenen haben doch wohl die Möglichkeit und das Recht, den Schutz der deutschösterreichischen Behörden anzurufen und sollten hiervon ebenso Gebrauch machen, wie etwa seinerzeit die Marburger Deutschen nach den bekannten Ausschreitungen dortselbst. Sie werden dabei gewiß ebenso gut fahren wie diese. Sicher ist jedenfalls, daß das Los der Slowenen in Kärnten nicht gemildert wird, wenn an den Deutschen in diesem Staate Vergeltungsmaßnahmen vorgenommen werden.

Slowenien ist ein junger Staat und muß auf einen guten Ruf eifersüchtig bedacht sein. Die Nachricht von den sogenannten Repressalien wird die Kunde durch die ganze Welt machen und wohl kaum irgendwo im Auslande Zustimmung werden.

Leiden.

Es gibt Dämmerstunden, in denen die Seele fortgeht und durch die Dunkelheit schreitend an den Rand der Wirklichkeit kommt. Was man gesehen und gelitten, löst sich los, formt sich zu Bildern, die im farblosen Scheine des Erträumten, nie Erlebten, nur widerwillig Gedanken drängen in der Unwirklichkeit liegen. So ist mir dieser Krieg oft etwas Unwirkliches. Seine Schrecken und Schmerzen erscheinen mir lächerlich unbegründet wie etwa Angstempfindungen, die in Traumgesichten mit Ort und Zeit und Ursachen spielen.

Aus diesem Dunkel richten sich zwei Augen auf mich und lassen mich nicht los. Eine Seele, die in Schmerzen verging und noch einmal gekommen war, um den letzten Blick in die Welt zu tun. Daß sie gerade mich mitnahm, ist mir eine unendlich qualvolle Erinnerung geblieben. Ich trug an der rechten Hinterstange der Bahre. Der blonde Kopf hatte sich langsam emporgehoben und das Licht fiel zurück. Die Augen kamen in Spannweite zu den meinigen. Zwei vor Entsetzen finstere Sterne auf dem blassen Nebel des Jenseits. Meine Zunge verlagte. Ich wollte trösten. Der gelbe Sand unter meinen Füßen bekam die Wellenbewegungen des Meeres — — —

Der russische Stabschef (Unteroffizier) gehörte zu jenen Menschen, die Schrecken verbreiten. Unter der Pelzmütze waren die Augenbrauen zusammengewachsen und in seinen Blicken loderte die Möglichkeit wahn sinniger Verführungen. Es war im Sommer und

über dem Berge der Heimkehr flimmerte ein einsamer Stern im rostigen Abglanz der mongolischen Wästen. Wir standen nebeneinander in langen Reihen. Vor der schweigenden ergebene Front stand der jäh schlankte Russe. „Von morgen an müssen alle zur Arbeit. Alle. Auch die Unteroffiziere und Einjährig-Freiwilligen. Bloß der Barackenkommandant bleibt zu Hause.“ Ich hörte das Drohen in den Worten und war sofort entschlossen, mich nicht zu weigern. Die Reihen lösten sich und die Erregung zog die Gruppen der Betroffenen zusammen. Der Einjährige R. sagte mit seltsam müder Stimme: „Ja, ich kann nicht gehen. Er soll mit mir machen, was er will. Ich bin krank. Wenn ich gesund wäre, was wäre denn dabei. Unsere Leute müssen auch alle für die Russen arbeiten. Wir sind ebenso Kriegsgefangene wie sie.“ Er wird lebhafter und fällt in den steirischen Dialekt. Ich weiß, daß das, was jetzt kommt, gegen die reichsdeutschen und ungarischen Einjährigen gerichtet ist. „Ich sehe gar nicht ein, daß wir eine andere Behandlung zu beanspruchen haben. Ich denke, wir können zufrieden sein, daß wir im Winter verschont geblieben sind. Ihr wißt, daß die Leute bei 40 Grad hinausgetrieben worden sind.“ — — — Der Morgen kam und wir gingen in das abgebrochene Barackenlager. Es war 15 Werst entfernt und das Waten durch den heißen Sand war bleierne Müdigkeit. Der Rückweg war eine schwankende graue Linie durch den unerhörten schmerzenden Glanz der Sonne. Eine Linie ohne Ende. Mit Brettern beladene, stürzende, verschmachtende Sklaven. Bajonette da und dort. Drohungen und Flüche und Peitschenhiebe.

Und über der Ebene die grenzenlose Verwüstung der sibirischen Gefangenschaft. — In der Nacht wurden wir in die Sadgasse der Posten getrieben und zwei Tage in einer Baracke am Lagerende eingesperrt, weil sich einige der Arbeit entzogen hatten. —

Der Einjährige R. aber war schon am Morgen in den Arrest gebracht worden. Der Arrest wurde mit Planen vernagelt, sodaß kein Lichtstrahl eindringen konnte. Drei Tage später sah ich ihn wieder. Er lag im Sande, zusammengerissen von den Schmerzen. Der russische Posten stand neben ihm und sein einfältiges Gesicht war überflogen von der hilflosen Verlegenheit des Mitleids. „Ich bitte dich, gehe zu dem russischen Arzt“ — gepeinigt, abgerissen, auf Untiefen der Qual springend — „und erzähle ihm alles. Ich gehe in der Finsternis zugrunde!“ Ich ging zum Arzt. Mit klopfendem Herzen. Denn ich mußte die durch die Lagergassen reitenden Rosaken vermeiden. Der kam, riß die Planen auf, schlug die Russen ins Gesicht und war erschüttert. Am Abend trugen wir ihn ins Lazarett. Er blickte auf mich herunter und in den Augen sah ich kein Erkennen. Wir standen vor dem Hospital und schluckten die Tränen. In einer halben Stunde war er tot. Blinddarmentzündung. Wie zerfleischten die Handtücher und machten Schleifen zu den Tannenreisigkränzen. Der Wagen mit dem Sarge schwankte durch den Sand. Am Grabe sprach ein Kamerad. Der sprach von der fernem, geliebten, nicht erreichten Heimat. Ueber uns jubelten die Vogelstimmen und über den vielen frischen Gräbern lag die Erbarmungslosigkeit erfüllter Schicksale. F. Sch.

Denn mögen auch gewisse Ereignisse in Kärnten als Rechtfertigung hierfür angeführt werden, so wird doch von allen Seiten die Antwort zurückfallen, daß das von Privatpersonen begangene Unrecht niemals von Regierungswegen an schullosen Menschen vergolten werden darf. Das Ausland, vor allem aber die Entente und der Völkerbund, welche zu St. Germain-en-Laye mit Jugoslawien einen Vertrag über den Schutz der Minderheiten abgeschlossen haben, demzufolge alle Staatsbürger ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit und des Glaubensbekenntnisses der Gleichberechtigung teilhaftig sind, werden unsere Regierung nur allzu leicht einer Vertragsverletzung bezichtigen können. Im Interesse unseres staatlichen Ansehens ist daher zu wünschen, daß die Ausnahmeverfügung ehestens rückgängig gemacht werde, sei es von Laibach aus oder von Belgrad.

Bur Tage in der Tschechoslowakei.

Prager Brief.

Die innerpolitische Lage der Tschechoslowakei hat sich in den letzten Wochen nicht unerheblich verschlechtert. Die latente Regierungskrise besteht fort und man spricht in einem Atem von der Auflösung der Nationalversammlung und der Ausschreibung von Neuwahlen einerseits und der Bildung eines parlamentarischen Koalitionskabinetts, dem auch ein deutscher Bundesminister angehören soll, andererseits. Als während der jüngsten tschechischen linkssozialistischen Revolte die Regierung zu stürzen drohte, ist sie durch die deutschen Abgeordneten gerettet worden. Dank wird ihnen dafür nicht, im Gegenteil, und die deutsche Bevölkerung stimmt heute darin überein, daß dieses Einschreiten zugunsten der Regierung ein schwerer taktischer und politischer Fehler war. Inzwischen bröckelt die Partei der tschechischen Mehrheitssozialisten immer mehr zugunsten der Linkssozialisten ab, während sich gleichzeitig die deutschen Linkssozialisten von der deutschsozialdemokratischen Partei losgelöst haben. Beide linkssozialistischen Gruppen wollen in Zukunft gemeinsam vorgehen und die voraussichtliche Folge dieser Taktik wird sein, daß die tschechischen Mehrheitssozialisten zwischen den Linkssozialisten und den Nationalsozialisten zerrieben und von ihnen aufgesaugt werden.

Auch die Lage in der Slowakei hat sich nicht gebessert, sondern verschlechtert, der slowakische Widerstand gegen die tschechische Administration ist in stetigem Wachsen begriffen und auf diesem schwankenden Grunde steht sich der Außenminister Benesch genötigt, große Politik zu machen, um wenigstens die Fassade des neuen tschechischen Staates präsentabel zu erhalten. Die Tschechoslowakei ist — das stellt sich mit jedem Tage deutlicher heraus — balkanisiert nicht nur in innerpolitischer, nationaler, sondern auch in außenpolitischer Beziehung. Die Kindheit dieses Staates erinnert — wie kürzlich ein tschechischer Abgeordneter im Kreise seiner Kollegen ausführte — lebhaft an die Bulgaren. In Sofia war Rußland der Befreier und Protektor, in Prag spielte diese Rolle Frankreich; das junge Bulgarien mußte seine Armee unter russische Generale, die Grenotzky und Raulbars, stellen, in Prag heißen diese Vormänner Pella und Mittelhäuser. Rußland betrachtete das junge Bulgarien als eine russische Stoppenstation und Frankreich die Tschechoslowakei als ein Werkzeug des französischen Imperialismus. Man muß Herrn Dr. Benesch das Zeugnis ausstellen, daß er sich nicht willenlos in dieses Schicksal ergibt und immer wieder über die Stange schlägt; daß man in tschechischen Abgeordnetenkreisen bereits so viel Kenntnis für die eigene Lage aufbringt und die lehrreiche Parallele mit dem jungen Bulgarien zieht, zeigt, wie schwer die gesamte tschechische Öffentlichkeit den französischen Druck empfindet. Allein bei aller Geschicklichkeit Dr. Benesch', die in der Durchführung des ihm von fremder Hand unterworfenen Planes der kleinen Entente in Erscheinung trat, bietet ihm doch die innere Politik nicht die Mittel zur Befreiung seiner äußeren Politik.

Die nicht zentralistische linkssozialistische Bewegung zielt deutlich auf einen nationalen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen ab und sie wird in dem Maße wachsen, als die leitenden tschechischen Staatsmänner sich der Werbekraft dieses Gedankens verschließen.

Politische Rundschau.

Inland.

Der neue Verfassungsentwurf.

In der Sitzung der Konstituante vom 25. Jänner wurde der neue Verfassungsentwurf an die Abgeordneten verteilt. Als Grundlage diente das Elaborat des gewesenen Ministers für die Konstituante Dr. Lazar Marković, das der Ministerrat in mehreren Wochen durchberaten und mit einigen Abänderungen angenommen hatte. Der Verfassungsentwurf wird zunächst dem Verfassungsausschusse vorgelegt werden, von wo er, voraussichtlich mit geringfügigen Abänderungen, der Konstituante zur Beratung und Annahme überwiesen werden wird. Der Entwurf umfaßt 86 Artikel in 11 Abschnitten. Im Artikel I heißt es: Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ist eine verfassungsmäßige, parlamentarische und erbliche Monarchie. In den allgemeinen Verfügungen wird das Wappen des Königreiches festgesetzt. Als Amtssprache wird für den Gesamtstaat die serbokroatische Sprache und für Slowenien der slowenische „Dialekt“ bestimmt. In die Gesetzgebung teilt sich der König mit der Volksvertretung. Die Exekutivgewalt wird vom Könige durch verantwortliche Minister ausgeübt. Der König ernannt die Beamten und Offiziere, ihm gebührt das Amnestierecht, er vertritt den Staat in dessen Beziehungen zum Auslande, er erklärt den Krieg und schließt den Frieden. Falls das Land nicht angegriffen oder der Krieg nicht von einem anderen Staate erklärt ist, ist der König bei der Kriegserklärung an die Zustimmung des Parlamentes gebunden. Der König beruft das Parlament ein, eröffnet dessen Sitzungen, verlegt es und löst es auf, doch muß dann das neue Parlament innerhalb drei Monaten einberufen werden. Kein Akt des Königs hat Gewalt ohne Gegenzeichnung des zuständigen Ministers. Der König wird mit 18 Jahren großjährig. Als herrschende Dynastie gilt die Dynastie des Königs Peter I. Karadjordjević, zu dessen Nachfolger der Thronfolger Alexander bestimmt ist. In Ermangelung eines männlichen Erben ernannt der König unter Zustimmung des Parlamentes seinen Nachfolger aus einer Seitenlinie des Herrscherhauses. Wenn der König minderjährig, geistig oder physisch dauernd regierungsunfähig ist, wird eine Regentschaft eingesetzt, welche, falls ein großjähriger Thronfolger lebt, diesem, sonst aber drei vom Parlamente hierzu gewählten Regenten übertragen wird. Die Volksvertretung besteht aus der Abgeordnetenversammlung und dem Senat. Die Abgeordnetenversammlung zählt 300 vom Volke in freien, allgemeinen und geheimen Wahlen gewählten Mitgliedern mit vierjähriger Funktionsdauer. Wahlberechtigt ist jeder Bürger nach Vollendung des 21. Lebensjahres; ausgenommen sind aktive Offiziere und Soldaten. Der Senat setzt sich aus 100 Mitgliedern zusammen, welche von Bürgern über 30 Jahren gewählt werden. Die Senatoren müssen das 40. Lebensjahr erreicht haben und zumindest Mittelschulbildung aufweisen. Der Senat wird auf neun Jahre gewählt, scheidet jedoch alle drei Jahre ein Drittel aus, welches neu zu wählen ist. Der Senat kann nicht aufgelöst werden. Die von der Abgeordnetenversammlung angenommenen Gesetzentwürfe müssen dem Senate vorgelegt werden, der sie mit seinen Gegenvorschlägen an die Abgeordnetenversammlung zur neuerlichen Beratung zurückstellen kann. Nimmt diese die Gegenanträge des Senates nicht an, so hat der Senat über den Vorschlag der Abgeordnetenversammlung zu beschließen. Weist ihn der Senat zurück, so verhandelt die Abgeordnetenversammlung nach einem Monate neuerlich darüber und nimmt ihn dann mit qualifizierter Mehrheit an. Die Abgeordneten genießen Immunität; ein Abgeordneter kann vom Gerichte nur mit Genehmigung der Volksvertretung zur Verantwortung gezogen werden. Die Exekutivgewalt wird vom Ministerrat ausgeübt. Die Minister sind dem Könige und der Volksvertretung verantwortlich. Der Staat wird in Verwaltungsgebiete, diese in Bezirke, letztere wieder in Gemeinden zerlegt. (Zentralismus). Die Zahl der Gebiete kann 35 nicht überschreiten. Deren Verwaltung wird aber von der Gebietsversammlung und vom Gebietsausschusse vorgenommen, an ihrer Spitze stehen vom Könige hierzu ernannte Vorstände. Die Gebietsversammlung geht aus allgemeinen Wahlen hervor und erwählt den Gebietsausschuss aus ihrer Mitte. Zur Austragung von Rechtsstreitigkeiten zwischen den einzelnen Verwaltungsorganen wird der Staatsrat bestimmt, dessen Mitglieder zur einen Hälfte der König ernannt, zur anderen Hälfte die Volksvertretung wählt. In einem eigenen Abschnitte wird die Unabhängigkeit der Gerichte festgesetzt; in

Agram wird ein oberstes Kassationsgericht errichtet. Die Steuer- und Heerespflicht ist allgemein, von ersterer ist nur der König und der Thronfolger ausgenommen. Die Verfassung kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Volksvertretung und des Senates abgeändert werden. Im Kriegsfalle oder bei eintretender Unsicherheit in einzelnen Gebieten kann die Verfassung durch einen Gesetz im ganzen Staate oder in einzelnen Teilen desselben aufgehoben werden.

Die entgeltliche Geschäftsordnung.

Der Geschäftsordnungsausschuss der Konstituante hat seine Arbeiten beendet. Die Beschlüsse stellen einen Erfolg der Regierungsparteien dar. Der § 8, welcher von der Gelöbnisformel handelt, ist unverändert geblieben. Ebenso ist für die Genehmigung der Verfassung, dem Wunsche der Regierung entsprechend, die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Abgeordneten festgesetzt worden. Die Konstituante hat die vom Ausschusse vorgeschlagene Geschäftsordnung unverändert angenommen.

Nachträgliche Eidesablegung.

Die Mitglieder des kroatischen Nationalklubs und der Allslowenischen Volkspartei haben sich nachträglich doch entschlossen, das in der Geschäftsordnung vorgeschriebene Gelöbnis abzulegen. In der Sitzung der Konstituante vom 29. Jänner erklärte der klerikale Abgeordnete St. Barić, daß sich sein Klub für die Eidesablegung entschieden habe, weil die Partei auf dem Boden der nationalen und staatlichen Einheit stehe. Eine ähnliche Erklärung gab der kroatische Abgeordnete Dr. Drinković namens des Nationalklubs ab. In eigener Sache stellte er fest, daß er als Minister die Geschäftsordnung nicht unterschrieben, sondern nach seiner Rückkehr vom Radić-Kongress in Agram seine von fremder Hand herrührende Unterschrift bereits vorgefunden habe. Minister Pribević machte dem Dr. Korosec zum Vorwurfe, daß er sich als Minister an der Vorbereitung der Geschäftsordnung beteiligt und an der deren Ausarbeitung aktiv mitgewirkt habe. Dr. Korosec gab die Wichtigkeit der Behauptung zu, wählte aber die ganze Schuld auf seinen Klub, der ihn bloßgestellt habe, und warf dem Minister Pribević vor, daß er Vertraulichkeiten preisgebe. Nach dieser Einbegleitung leisteten die beiden Klubs unter großem Zulauf der übrigen Abgeordneten die Angelobung. Die slowenisch-demokratischen Blätter bezeichnen die Szene als peinlich und demütigend. Die Mitglieder der selbstständigen slowenischen Bauernpartei riefen den Abgeordneten der Allslowenischen Volkspartei zu: „Bei unserer Angelobung habt ihr uns vorgeworfen, daß wir die Slowenen den Serben verkaufen. Jetzt aber habt ihr euch selber den Serben verkauft.“ Diese Worte wurden von der ganzen Versammlung mit großem Gelächter aufgenommen. Da die Kommunisten die Angelobung bereits in der vorangegangenen Sitzung geleistet hatten, so sind von den tapferen Eidesverweigerern nur noch die Radićianer zurückgeblieben. Wenn aber so extreme Elemente wie die Kommunisten bezw. Volkswilken sich zu guter Letzt sogar mit der Gottheit in der Eidesformel, die sie so standhaft zu bekämpfen schienen, abgefunden haben, so drängt sich die Erkenntnis auf, erstens, daß Gelöbnisse von gewissen Parteien als simple Formalitäten betrachtet werden, an die sie sich gebunden fühlen können oder nicht, und zweitens, daß die Wählermassen, welche diesem Räuspenspiel ihrer Parteien mit angehaltenem Atem zuschauen, eine ernsthaftere parlamentarische Vertretung im Grunde genommen nicht verdienen.

Repressalien für Kärnten.

Unter dieser Ueberschrift melden slowenische Blätter, daß die Laibacher Landesregierung in der Sitzung vom 29. Jänner die Frage der Kärntner Fischlinge behandelt habe, deren Zahl infolge der Verfolgung und der Gewalttätigkeit seitens der deutschösterreichischen Behörden täglich zunehme. Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt worden, daß sich auch in unseren Gegenden Beweise deutscher Majorität gegenüber dem Staate gezeigt hätten. Mit Rücksicht auf diese Umstände habe die Landesregierung beschlossen, bis auf weiteres deutsche Unterhaltungen in Slowenien und überhaupt alle Veranstaltungen zu verbieten. Die Regierung habe auch noch andere Anordnungen getroffen, deren Zweck dahingehe, die Hezer deutscher Nationalität, besonders aber jene, die hierzulande das Gastrecht genießen, zu ernüchtern und ihnen die gebührende Achtung vor dem dreinämigen Volke, in dessen Mitte sie das Glück zu wohnen haben, beizubringen. In Durchführung des Verbotes hat die Polizeidirektion in

Bollgebühren für Papier bedeutend herabgesetzt. Dies geschah, um eine billigere Beschaffung des Papiers zu ermöglichen.

Regierungskommissäre für Kohlenbergwerke. Nach einer Verfügung des Ministeriums für Bergbau und Forstwirtschaft erhält jedes größere Bergwerk in Jugoslawien, namentlich die Kohlenbergwerke, einen Regierungskommissär als Aufsichtsborg des Staates.

Kohlensproduktion in Sübslawien. Die Produktion an Kohlen im letzten Jahre beträgt 500.000 Kilogramm gegen 3.000.000 vor dem Kriege, da viele Maulbeerplantagen zugrundegegangen sind.

Ergiebiger Sardellenfang in Dalmatien. Einem Berichte des Ergovinski Glasnik zufolge war der Sardellenfang in Dalmatien im Jahre 1920 besonders reich. Es stehen ungefähr 20 Waggons zum Export zur Verfügung. Der inländische Bedarf an Sardellen ist gedeckt. Salz-sardellen kosten jetzt 3 Dinar für 10 kg. Das natürliche Absatzgebiet der dalmatinischen Sardellen war bisher Österreich und Griechenland.

Die Verladung von Getreide in offenen Waggons. Die Agrarministerialdirektion hat laut Mitteilung der Handelskammer an ihre Organe eine strenge Verordnung ergehen lassen, welcher zufolge Parteien, welche Getreide in offenen Waggons verladen, stets verpflichtet sind, im Frachtbrieft zu vermerken, daß die Sendung auf Gefahr des Absenders der Eisenbahn übergeben wurde. Die Direktion der Südbahn hat erklärt, daß sie sämtliche Getreidesendungen, welche in offenen Waggons verladen sind, ohne dieses Vermerk zurückweisen wird.

Getreide-Export nach Deutschösterreich. In Esfel ist eine Handelsaktiengesellschaft berufen mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Kronen begründet worden, die sich hauptsächlich mit dem Export von Getreide nach Deutschösterreich beschäftigen wird. Die Finanzierung haben die Agrarministerialbank, die Esfelder Dampfmühle und eine Gruppe von Wiener Interessenten übernommen.

Der Handelsverkehr mit Deutschösterreich. In Deutschösterreich sind am 15. Jänner einer Mitteilung der Agrarministerialkammer zufolge neue Vorschriften bezüglich der Ein- und Ausfuhr und des Transitverkehrs in Kraft getreten. Die diesbezüglichen Bewilligungen erteilt die Ein- und Ausfuhrzentrale in Wien sowie deren Filialen in den größeren Städten Deutschösterreichs. Im Transitverkehr bedürfen bloß jene Waren, welche im direkten Transit durch Deutschösterreich rollen, keine Bewilligung.

Unsere Fleischausfuhr nach Deutschland. Die Nachricht, daß Deutschland die Einfuhr von geschlachtetem Vieh gestattet hat, ist für unsere Fleischartindustrie von großer Bedeutung. Wir haben

sowohl in mehreren Ortschaften in Serbien, namentlich in Belgrad, dann in Karlsdorf, Werschetz, Neufaz und Subotica in der Voivodina, ferner in Agram, Petrinja, Vukovar, Zapresic, Sid, Semlin und Marburg große Schlachthäuser und Fleischwarenfabriken, welche allein rund 1 Million Schweine jährlich zur Ausfuhr bereiten können. Außerdem besitzen wir bereits mehrere leistungsfähige Fleischkonservenfabriken. Nachdem aus Transportrisiken unter der nicht allzugroßen Valutabifferenz die Ausfuhr nach Deutschland gute Erfolge verspricht, werden sich sowohl unsere Exporteure als auch unser Handelsministerium für diese Fragen eingehender interessieren müssen.

Die österreichisch-ungarische Bank. Die Verhandlungen der Vertreter der Reparationskommission mit den holländischen Gläubigern über die Rückzahlung der holländischen 16-Millionen-Gulden-Schuld der österreichisch-ungarischen Bank haben vorerst zu keinem Ergebnisse geführt und sind unterbrochen worden. Die Verhandlungen haben sich lediglich auf die Rückzahlung der erwähnten Schuld an Holland, nicht aber auf die Frage der Liquidität der österreichisch-ungarischen Bank bezogen. Was die Liquidierungsfrage anlangt, so haben die Meinungsverschiedenheiten sich darüber so verschärft, daß Minister Whitmann, das amerikanische Mitglied der drei Personen zählenden Liquidationskommission, nach Amerika zurückreist, da seine weitere Beteiligung an den Liquidierungsarbeiten zwecklos sei, weil Frankreich auf Vorschlägen beharre, die undurchführbar seien.

Geldknappheit in Ungarn. Zur Behebung der Geldknappheit wird das Publikum aufgefordert, das verfügbare Bargeld in Sparkassen und Banken zu hinterlegen. Dafür werden die Einleger den Vorzug genießen, beim Austausch der Banknoten in Staatsnoten von der Entrichtung der 5% igen Manipulationsgebühr entbunden zu werden.

Die polnische Mark. Der große Kurssturz der polnischen Mark wurde von polnischer Seite auf Abgaben Deutschlands zurückgeführt, die den Zweck verfolgen sollen, die Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands zu beeinflussen. Der Wiener Allgemeine Tarifanzeiger macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Entwertung der polnischen Mark nicht von Berlin, sondern von Warschau ausgegangen ist. Polnische Banken sind es, die auf allen Märkten, an denen polnische Zahlungsmittel gehandelt werden, die Auszahlung Warschau anbieten, um mit dem Erlöse andere höherwertige Valuten anschaffen zu können. Wenn in Wien in letzter Zeit eine überaus stürmische Nachfrage nach allen Auslandsvaluten herrschte und noch herrscht, so haben dazu in hervorragender Weise die polnischen Anschaffungen beigetragen. Auch über Prag war die Auszahlung Warschau hier stark angeboten. Zu der Ueberslutung des Wiener

Marktes mit polnischen Noten trägt überdies auch der Umstand bei, daß diese Noten in der Wiener Staatsdruckerei hergestellt werden und direkt von der Druckerpresse zum offenen Markte gelangen.

Der Fiumaner Hafen. Italienischen Blättermeldungen zufolge wurde in Amerika eine englisch-amerikanische Gesellschaft mit dem Kapitale von einer Milliarde Lire zum Zwecke der Vergrößerung und Regulierung des Fiumaner Hafens gegründet. Das Projekt der Gesellschaft wurde bereits der Fiumaner Regierung vorgelegt.

Keine Abtretung der rumänischen Delgebiete. Die Verhandlungen bezüglich der Abtretung der Delgebiete des Staates sind bisher erfolglos geblieben. An den Verhandlungen, die von einer von Take Jonescu nach Paris entsandten Mission geführt wurden, hatte auch Finanzminister Titulescu teilgenommen. Die von den Alliierten gestellten Bedingungen sind aber derartig gewesen, daß eine Einigung, bei allem guten Willen Take Jonescus, die Delfelder den Franzosen auszuliefern, nicht erzielt werden konnte.

Die Lage der schweizerischen Seidenbandindustrie. Die Seidenbandindustrie, die als ausgesprochene Luxusbranche naturgemäß um so eher von Einfuhrverboten und sonstigen Ausfuhrerschwerungen betroffen wird, befindet sich inmitten einer schweren Krise. England, das als Besteller für den Schweizer Markt in erster Linie in Betracht kommt (etwa 80% der Gesamtproduktion) ist seit Monaten nur ganz unwesentlich als Käufer hervorgetreten, da es infolge des tiefen Standes der französischen Valuta jetzt vielfach seinen Bedarf in Bändern bei den Franzosen deckt.

Ein neuer Brennstoff. Dem japanischen Gelehrten Kagamagui soll es nach dreijähriger Arbeit gelungen sein, einen neuen rauchlosen Brennstoff zu erfinden, der um 20 Prozent mehr Wärme gibt als Steinkohle.

Allerlei Lustiges.

Schnurrbartersatz. „Ich möchte doch gar zu gern wissen, lieber Mann, ob unsere Tochter Laura mit dem jungen Techniker ein Liebesverhältnis hat!“ „Das läßt sich schon herausbringen, mein liebes Kind. Fahre ihr, wenn sie schläft mit einem Rührchen über die Oberlippe. Macht sie eine abwehrende Bewegung, so liegt keine Liebschaft vor. Spielt sie dagegen den Mund, so ist die Sache richtig!“

Aus der Schule. — „Wo bist du geboren, Fritz?“ — „Ich bin überhaupt nicht geboren, Herr Lehrer, ich bin im Tiergarten im Schnee gefunden worden!“

Kleine Kritik: „Sieh nur, Minna, wie freundlich Müllers Haus da liegt, wie die Fenster in der Sonne blinken!“ — „Na, es war auch wirklich höchste Zeit, daß sie mal gepußt werden!“

Geschäftszahl A 229/20

Aufforderung

an die Erben, Vermächtnisnehmer und Gläubiger eines Ausländers.

Franziska Medwed

Privat in Murau, Haus Nr. 33, zuständig nach Hochenegg bei Cilli, jugoslawische Staatsbürgerin, ist am 8. Dezember 1920 gestorben. Eine letztwillige Anordnung wurde vom 6. März 1919 vorgefunden. Alle Erben, Vermächtnisnehmer und Gläubiger, die österreichische Staatsbürger oder hierlands sich aufhaltende Fremde sind, werden aufgefordert, ihre Ansprüche an die Verlassenschaft bis zum

15. März 1921

beim gefertigten Gerichte anzumelden. Sonst kann die Verlassenschaft ohne Rücksicht auf diese Ansprüche an die ausländische Behörde oder eine von ihr bezeichnete Person ausgefolgt werden. Der im Inlande wohnende Machthaber der Erbin hat um die Durchführung der Verlassenschaftsbehandlung durch das österreichische Gericht angesucht. Die auswärtigen Erben und Vermächtnisnehmer werden aufgefordert, ihre Ansprüche in der angegebenen Frist anzumelden und bekanntzugeben, ob sie die Abtretung an die ausländische Behörde verlangen. Sonst wird, wenn nicht die ausländische Behörde selbst die Abtretung verlangt, die Abhandlung hier und zwar bloß mit den sich meldenden Erben gepflogen werden.

Bezirksgericht Murau,
Abt. I, am 24. Jänner 1921.

Alleinstehende, gebildete Dame

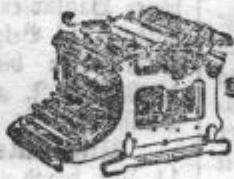
mit schönem lastenfreien Besitz sucht vermögenden, vornehmen älteren zwischen 48—60 stehenden Lebensgefährten, Witwer mit Kind, Mädchen bevorzugt. Anträge unter „Peripherie der Stadt“ Hauptpostlagernd Maribor.

Kompagnon

wird für ein Kohlenwerk sofort gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26762

Echtes Ultramarin-Waschblau

in Kugeln und Pulverform
nur en gros zu haben beim alleinigen Erzeuger
F. Turin in Celje.



Schreibmaschinen

Alte, doch gut erhaltene, sowie neue kaufen Sie am besten u. billigsten im Ersten Spezialgeschäft f. Schreibmaschinen
Eduard Legat, Maribor
Slovenska ulica (Burggasse) Nr. 7, neben Wögerer. Telefon Nr. 100, interurban.
Vertretung der
Continental-Schreibmaschine

Kleines Gut

mit einem solid gebauten Wohnhaus oder ein Landhaus mit Garten an der Südbahn zu kaufen oder zu pachten gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26748

Amerikanische Zither sehr billig zu verkaufen. Zu besichtigen beim Hausbesorger im Sparkassegebäude, Krekov trg.

Haus

in Celje, Kirchplatz (Slomškov trg) Nr. 3, in gutem Bauzustande, ein Stock hoch, mit grossen Kellerräumen, Hof und Garten, zu verkaufen oder gegen Landgut einzutauschen. Näheres beim Besitzer A. Perissich, Kirchplatz.

Schlafzimmer-einrichtung

matt, Nussholz, zu verkaufen. Razlagova ulica 11, 1. Stock. Zu besichtigen von 2—3 Uhr nachmittags.

Leichtes Gig

zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26762

Zahntechniker

perfekt in Kautschuk- sowie Goldarbeiten, sucht per sofort Stellung in Jugoslawien. Anträge erbeten unter „Strebsam 700, Hauptpostlagernd Graz.“

Marburg das für den 1. Februar in Marburg geplante Bergfest untersagt. — Wir sprechen über die „Repressalien“ an erster leitender Stelle.

Festsetzung von Mindestlöhnen in Jugoslawien.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat eine Verordnung ausgearbeitet und dem Ministerpräsidenten vorgelegt, nach der die Arbeitgeber in allen industriellen, gewerblichen, bergmännischen, landwirtschaftlichen Betrieben sowohl in öffentlichem wie in privatem Eigentum die Löhne nicht herabsetzen dürfen. Gleichzeitig wird das Mindestmaß des Arbeitslohnes festgesetzt werden.

Ausland.

Die deutschösterreichische Krise in Permanenz.

Die Ministerpräsidenten von England, Frankreich und Italien haben auf der Pariser Konferenz die Existenz der deutschösterreichischen Republik künstlich verlängert. Die naturgemäße Entwicklung, der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland, ist von Frankreich abermals verhindert worden, obwohl Lloyd George erklärte, daß England sich von dem Zustandekommen eines Großdeutschland nicht fürchte. Die Konferenz faßte den Beschluß, zur Rettung Deutschösterreichs ein Finanzsyndikat mit einem Kapital von 200 Millionen Francs, das ist beiläufig acht Milliarden deutschösterreichischer Kronen, zu gründen. Wer dieses Finanzsyndikat bilden soll und wie sich die Ententeeregierungen dazu verhalten werden, ist vorderhand noch unbestimmt. Jedenfalls reicht die in Paris beschlossene Hilfe für Deutschösterreich nicht hin, um diesem Lande die Lebensfähigkeit zu gewährleisten. Die Machthaber der Entente haben die deutschösterreichische Krise nicht gebannt, sondern bloß deren Lösung eine Zeitlang hinausgeschoben.

Feststellung der deutschen Zahlungsverbindlichkeiten.

Auf der Pariser Konferenz ist die Summe der von Deutschland zu leistenden Entschädigung in einer klaren Ziffer festgesetzt worden. Danach hat das Deutsche Reich 226 Milliarden Goldmark bzw. zweieinviertel Billionen Papiermark in 42 Jahren zu zahlen. Und zwar sind zu entrichten: zwei Jahresleistungen von zwei Milliarden, drei Jahresleistungen zu drei Milliarden, drei Jahresleistungen zu vier Milliarden, drei Jahresleistungen zu fünf Milliarden und 31 Jahresleistungen zu sechs Milliarden Goldmark und eine Auflage von 12½ Prozent auf die Ausfuhr. Falls Deutschland diesen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, so hat es schwere Strafen zu gewärtigen. Als solche sind vorgesehen: Verpfändung der deutschen Zollentnahmen, die Festsetzung neuer oder höherer Zögen und allenfalls andere Maßnahmen, falls sich die vorherigen als ungenügend erweisen sollten. Die Reparationskommission wird jede eventuelle auswärtige Anleihe Deutschlands kontrollieren. Diese Entscheidung ist gefällt worden, ohne daß der Versuch unternommen wurde, mit den deutschen Unterhändlern ein Einverständnis herzustellen. Deutschland ist zu 42jähriger Schuldnerei verurteilt worden; ob aber die schwachvolle Fron tatsächlich so lange währen wird, ist von Umständen und Zufälligkeiten abhängig, die sich heute noch nicht vorausbestimmen lassen.

Der nationale Zusammenschluß des Magyarentums in Großrumänien.

Vor kurzem tagte in Klausenburg (Siebenbürgen) der erste Kongreß des siebenbürgischen Magyarentums seit der Einverleibung des Landes in Rumänien. Zweck dieser Versammlung war die Schaffung einer völkischen Organisation der in Großrumänien lebenden Magyaren. Es soll eine Art magyarischer Volksrat für Rumänien gebildet werden, zu dessen Hauptversammlung je 20.000 Einwohner einen Vertreter zu entsenden hätten. Der Volksrat soll vor allem die Einführung der Magyaren in das politische Getriebe des Staates, dem sie nunmehr angehören, in die Wege leiten. Dazu war eine neue Organisation nötig, denn im alten Ungarn, wo das Magyarentum eine national zusammenhängende Masse bildete, fehlte eine territoriale Organisation, die etwa das siebenbürgische Magyarentum besonders zusammengefaßt hätte. Während die Ideologie des vorkriegerischen Ungarns keine nationalen Minderheiten kannte, sieht sich nun an vielen Stellen das Magyarentum selbst zur Rolle einer völkischen Minderheit verurteilt und muß noch froh sein, daß der Friede ausdrücklich ein Minderheitsrecht festlegt. So wie einst im alten Ungarn alle Nichtmagyaren um ihre kulturellen, völkischen

und politischen Rechte einen unter magyarischer Herrschaft ziemlich aussichts- und ergebnislosen Kampf zu führen hatten, so sind heute drei Millionen Magyaren genötigt, ihrerseits einen ähnlichen Kampf in den verschiedenen Nachfolgestaaten, deren Bürger sie wider Willen geworden sind, zu führen. Darin liegt eine gewisse Gerechtigkeit der geschichtlichen Entwicklung, die, richtig begriffen und gedeutet, den Magyaren in Kleinungarn ein Antrieb sein müßte, ihre Politik gegen die nichtmagyarischen Einwohner ihres Staates entsprechend neu einzustellen.

Polnische Außenpolitik.

Der polnische Ministerpräsident Witosz führte im Warschauer Landtage aus, daß der Friede mit Rußland und die Regelung der Wilnaer Frage unmittelbar bevorstehen. Er wies auf die mit Deutschland, Danzig und Litauen stattfindenden Verhandlungen hin und besprach schließlich die Volksabstimmung in Oberschlesien. Witosz lehnte den Gedanken einer gewaltsamen Lösung dieser Frage mit aller Entschiedenheit ab und erklärte unter tosendem Jubel der Abgeordneten, daß er dem Ergebnisse der Abstimmung mit voller Zuversicht entgegenstehe. Vielleicht wird jenes slowenische Blatt, welches den Heimfall Oberschlesiens an Deutschland befürchtet, ob dieser erstaunlichen Zuversicht des polnischen Landtages in seinem Pessimismus doch einigermaßen wankend werden.

Russische Schulen zur Verbreitung des Bolschewismus.

Wie die Moskauer Pravda meldet, besteht in Moskau ein besonderer Propagandakurs für Jugoslawien. Zweihundert Frequentanten dieses Kurses seien bereits nach dem SPS-Staate abgereist, um in diesem Lande den Bolschewismus zu verbreiten. Auch in der bolschewistischen Militärschule der „Roten Kommandeure“, die sich gleichfalls in Moskau befindet, nehmen 120 Jugoslawen am Unterricht teil.

Aus Stadt und Land.

Der Telegraphen- und Telephon-Dienst. Am 1. Februar tritt eine neue Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums über den einheitlichen Telegraphen- und Telephondienst im ganzen Staate in Kraft. Sämtliche Telegraphen- und Telephonstellen werden in 4 Kategorien geteilt: In jene mit ununterbrochenem Dienste, in jene mit dem Dienste bis Mitternacht, in jene mit vollständigem Tagesdienste und jene mit beschränktem Tagesdienste. Die zu feiernden Festtage werden nachträglich bestimmt werden.

Zurückziehung der 20 Dinarnoten. Die Nationalbank hat beschlossen, die Banknoten von 20 Dinar (80 Kronen) wegen der aufgetauchten Fälschate aus dem Verkehr zu ziehen. Der Eintausch dieser Banknoten findet bei der Zentrale der Nationalbank in Belgrad bis 30. April d. J., bei den Bankfilialen bis 28. Februar d. J. statt. Vom 1. Mai d. J. an verlieren die 20 Dinarnoten ihre Gültigkeit.

Unglücksfall. Sonntag abends um halb 11 Uhr begaben sich die Eheleute Albin und Antonia Planinc, nachdem sie ihre Kinder, den zweijährigen Albin und den einjährigen Franz zur Ruhe gebracht hatten, in das Gasthaus, das sich in demselben Gebäude auf dem Kaiser Josephplatz Nr. 6 befindet. Als sie nach einer Stunde zurückkehrten, fanden sie das Zimmer voll Rauch und bald schlugen auch schon die Flammen aus der Ecke hervor. Sie riefen um Hilfe und den Leuten, die sofort herbeieilten, gelang es, das Feuer zu löschen und auch die beiden Kinder herauszutragen. Die vom Polizeiinspektor Senc angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Der herbeigerufene Arzt Dr. Herzmann konnte bloß den Tod beider Kinder feststellen. Das ältere, Albin, hat eine offene Wunde auf der Stirne, die ihm wahrscheinlich bei der Löscharbeit im dichten Rauch zugefügt wurde. Die Untersuchung ist im Zuge, die Eheleute Planinc sind in Anbetracht dieses erschütternden Unglücks und des überaus guten Rufes, in dem sie stehen, auf freiem Fuße belassen worden.

Die Sprachkenntnisse des Dr. Pitamlic. In slowenischen Blättern wehrt sich Universitätsprofessor Dr. Pitamlic gegen den Vorwurf, daß die jugoslawischen Delegationsmitglieder bei der Abgrenzungskommission der französischen Sprache nicht mächtig gewesen seien und sich behufs Verständigung mit den japanischen, englischen und französischen Kommissionsmitgliedern der Hilfe eines deutschen Dolmetsches hätten bedienen müssen, indem er be-

züglich seiner Person u. a. ausführt: Ich habe als juristischer Sachverständiger und als Dolmetsch der französischen Sprache an allen Kommissionsitzungen teilgenommen und alle unsere Zuschriften an die Kommission und unsere an die Völkervertragskonferenz in Paris abgesendeten Berichte ins Französische übersetzt bzw. in französischer Sprache verfaßt. Meine französischen Sprachkenntnisse sind durch ein Zeugnis verbürgt, das mir eine Kommission französischer Professoren in Paris ausgestellt hat und worin mir die Befähigung zum Unterricht in der französischen Sprache zuerkannt wurde. Im privaten Verkehr mit dem englischen Kommissionsmitgliede und gleichzeitig Vorsitzenden der Kommission habe ich überdies die englische Sprache angewendet. — Wir registrieren diese Feststellung, welche durchaus unserer Auffassung über die sprachlichen Fähigkeiten der jugoslawischen Delegationsmitglieder entspricht, aus dem Grunde, um wieder einmal an einem Beispiele darzutun, mit welcher Leichtfertigkeit in einem gewissen Teil der slowenischen Presse persönliche Angriffe gegen kenntnisreiche und um die nationale Sache hochverdiente Mitbürger erhoben werden.

Die Münchner Neuesten Nachrichten kündigen die Veranstaltung einer spanischen Wochenansgabe an. Das Blatt schreibt: „Vielfachen aus Spanien und dem spanischen Amerika an uns herangetretenen Anregungen entsprechend werden die Münchner Neuesten Nachrichten vom Februar ab eine illustrierte Wochenansgabe in spanischer Sprache erscheinen lassen. Die spanische Wochenansgabe verfolgt den Zweck, den dem deutschen Volk sympathisch gegenüberstehenden Ländern spanischer Zunge vor allem die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Deutschlands durch fortlaufende Berichte aus allen Gebieten des Wissens näher zu bringen und so dem Werke der Annäherung und Verständigung mit unseren Freunden im Ausland zu dienen.“

Angebliche Beerdigung eines Scheintoten. Aus Bozen wird gemeldet: Kurz nach dem Leichenbegängnis eines Verstorbenen verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß der Beerdigte scheinot begraben worden sei. Auf das Verlangen einer Frauenabordnung veranlaßte die Polizei unter Beiziehung des Leichenbeschauers Dr. Delaggi die Öffnung des Grabes und Sarges. Die Leiche lag aber ohne die geringste Veränderung im Sarg, in den Händen befand sich das Blumensträußchen, der letzte Gruß der Angehörigen. Die Ursache des falschen Gerüchtes war ganz eigener Art. Hierzulande ist es Brauch, während des Begräbnisses eine metallene Marienstatue auf den Sarg zu schnallen. Diese Statue war aber nicht genügend befestigt worden, pendelte während des Tragens des Sarges hin und her und fiel schließlich herunter. Die Leichenträger glaubten nun, daß das Geräusch aus dem Sarge komme, machten jedoch von ihrer Annahme erst nach dem Begräbnis verschiedenen Deuten, darunter auch den Leidtragenden, Mitteilung. Der Hinterbliebenen bemächtigte sich große Erregung und über ihr Betreiben wurde die Enterdigung veranlaßt, wodurch die Gerüchte als jeder Grundlage entbehrend entlarvt wurden.

Wirtschaft und Verkehr.

Die Finanzlage. Ueber die Finanzlage schreibt die Belgrader Politika vom 25. d.: Die Einwechslung der Banknoten der österreichisch-ungarischen Bank hat für Jugoslawien eine ziemlich ergiebige Einnahmequelle gebildet, das Budgetdefizit konnte dadurch zum Teile wettgemacht werden. Allein der Staat hat große Bedürfnisse, die im künftigen Budgetjahre noch gesteigert werden. Diese Bedürfnisse sind jetzt durch Anleihen bei der Nationalbank gedeckt worden. Das Blatt wendet sich gegen die Ueberwucherung der Ministerien und fordert die Auflösung einzelner sich als überflüssig erweisender Ressorts.

Die Einkünfte aus den Stempelmarken beliefen sich im Monate November 1920 im ganzen Staate auf 11.654.182 Dinar, vom 1. Juli bis Ende Oktober 1920 aber auf 62.183.497 Dinar, d. i. um 46.462.578 Dinar mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres. Auf die einzelnen Provinzen verteilen sich diese Einkünfte für das erwähnte Halbjahr wie folgt: Serbien und Montenegro 6.605.079, Kroatien und Slavonien 23.458.222, Bosnien und Herzegowina 5.243.181, Vojvodina 20.407.769, Slowenien 5.066.676, Dalmatien 1.402.599 Dinar.

Bedeutende Reduzierung der Einfuhrzögen und Zollgebühren für Papier. Der Handelsminister hat die Einfuhrzögen und

Maribor.

In seinem Buche „Von Marburg bis Monastir“ schildert Hermann Wendel unter den ersten Eindrücken, die er vom SFS-Staate empfangen hat, die Zustände in Maribor von heute. Der Verfasser, der nebst Scotus Viator als bester ausländischer Kenner der südslawischen Verhältnisse gilt, zeigt in seiner Broschüre an zahlreichen Beispielen die Fehler auf, die sich die amtliche deutsche Politik und der Großteil der deutschen Publizistik bei der Beurteilung südslawischer Fragen zuschulden kommen ließen, und sucht durch eine stellenweise wohl auch allzu strenge Kritik am eigenen Volkstum eine Besserung der Beziehungen zwischen dem deutschen und jugoslawischen Volke anzubahnen. Wenn nun Hermann Wendel vom jugoslawischen Maribor ein anderes Bild entwirft, als in der inländischen slawischen Presse zu finden ist, so wird wohl auch jener, der mit dem Urteile des Verfassers nicht in allen Punkten übereinstimmt, sich hüten, Hermann Wendel einer Voreingenommenheit gegen die jugoslawische Bevölkerung zu bezichtigen. Seine Ausführungen über Maribor, die von den hierzulande üblichen zum Teile abweichen, verdienen von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, daher eine ganz besondere Beachtung von deutscher und slowenischer Seite. Der Autor schreibt auf Seite 8/9 u. a. folgendermaßen:

Marburg heißt heute Maribor. Aber man schaut den Leuten unter die Putkrämpfe und weiß genug; in einem „Goldenen Engel“ tarockt hier behaglich der Herr Bezirksrichter, der Herr Kreisarzt und der Herr Gymnasialdirektor; in einer „Krone“ kommen der Herr Postoffizial und der Herr Finanzoberkontrollor gemütlich beim Schoppen zusammen. Oder man steht auf der Brücke zur Margarethenvorstadt, den Hauptplatz der Stadt im Rücken, unter sich das gemüthliche Murmeln der Dcau, ein heimliches und winkliges Häuergewirr zur Rechten, grüne Höhen vor sich; für Augenblicke versinkt der warme Augustvormittag und der Wintermond schüttet sein Silber über schneegligernde Firste:

Mondschein und Siebeldächer

In einer deutschen Stadt . . .

Aber dann dreht man sich um und wandert kreuz und quer über einen Glavni trg und einen Vodnikov trg, durch eine Koroska cesta und eine Dravska ulica; nirgends ein deutsches Schild an den Ecken; die Tegethoff-Strasse nach dem berühmtesten Marburger getauft, heißt Alexandrova cesta, und eine Gasse, bislang nach dem harmlosen Heimatdichter Kernstock benannt, tritt als Principova ulica auf. Hier an dem Ladenschild erwartet man: Gemischtwarenverschleiß und liest: Trgovina s mešovitom robom, dort Gasthaus und findet: Gostilna, und ein Rechtsanwalt hängt als Odvetnik an seiner Haustüre. Ueber den Geschäften verblüfft vor deutschesten Namen ein Viljem statt eines Wilhelm, ein Jovan statt eines Johann, ein Jurij statt eines Georg; ja, man braucht nur ein bißchen taubstumm zu sein und kann sich in einer rein slawischen Stadt wähnen. Aber lediglich die bäuerlichen Verkäufer von Kohl und Paprika, Pflaumen, Äpfeln und Rüffen unter den bunten Regendächern vor dem alten Rathaus schwätzen unter sich slowenisch; sonst klingt fast nur deutsch, steirisch gefärbt, an dein Ohr. Halte die Vorübergehenden an: noch nicht jeder Funke rühmt sich slawischen Bluts.

Freilich sind die Steirer und auch die Marburger den Slowenen früher oft kiozig alldeutsch gekommen; Herrenrasse, Herrenrecht; und das tat nicht gut. Dafür wollen jetzt die Südslawen ihre Rache kalt genießen. Aber auch das tut nimmer gut; blättert nur im Buch der Erfahrungen nach! In einem französisch redenden Dorf bei Metz prallte ich anno 1916 auf ein Wirtsschild: Zum Reichsadler; zwischen den Worten der herausfordernd gespreizte Vogel; sonst nennt man Schenken hier nach dem Besitzer Restaurant Bastien oder Café Bantzin oder so. Schluchzend löste die Wirtin das Rätsel: Einquartierung, Armierungsbataillon, Befehl des Majors, Soldaten mit Farbtopf, eine Leiter am Haus und Germanisierung des Schildes. Der letzte Bezirkspräsident von Lothringen, Freiherr von Gemwingen, einer der wenigen Verständnisvollen, sprudelte über den Casus unterrichtet, heraus: „Sehen Sie, das ist ein Sinnbild für die Politik hierzulande! Es ist eine Fassadenpolitik. Man streicht die Fassade anders an, aber das Herz kann man nicht ändern!“ In diesem Jahr sah ich selbiges Schild wieder; in leichtsinnigen Buchstaben stand drauf: A la gaité française!

Die Slowenen sind keine preußischen Junker, sondern durchweg Demokraten. Aber Fassadenpolitik, Fassadenpolitik betreiben auch sie, in Marburg, in Maribor.